GEMEINDE WETTINGEN

wettingen

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 9. September 2004, 19.00 Uhr, Rathaus

---

Vorsitz: Marcel Huggenberger, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 46
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Franz Hard, Schulpflegepräsident
Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Protokoll: Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

Entschuldigt Thomas Bodmer, Mitglied des Einwohnerrates
Vreni Neukomm
Cornelia Arnold
Susanne Rudolf von Rohr

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Werner Meister

2. Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2004

3.1 Einbürgerung; Atmaca Tugba, geb. 24. August 1985, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

3.2 Einbürgerung; Bakirci-Kaymakci Gülsüm, geb. 1. Oktober 1975, Bakirci Ali Mansur, geb. 2. April 1995, und Bakirci Hatice Kübra, geb. 24. Juli 2000, alle türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 70

3.3 Einbürgerung; Lopez Ignacio, geb. 9. Januar 1955, kolumbianischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Schönaustrasse 47

3.4 Einbürgerung; Nicoletti-De Marco Maria, geb. 19. August 1959, und Nicoletti Fabio, geb. 12. Mai 1992, beide italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 102

3.5 Einbürgerung; Sengül Feridan; geb. 13. Mai 1986, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

4. Rechenschaftsbericht 2003

5. Postulat Stefan Meier für mehr aktive Integration

6. Dringliches Postulat der CVP-Fraktion vom 9. September 2004 betreffend Kinderhort "Chinderhuus Spatzenäscht" und Bericht zum Gesamtkonzept familienergänzende Kinderbetreuung

7. Antrag an den Einwohnerrat betreffend Anpassung der Infrastruktur der

Kunsteisbahn an die neuen Anforderungen

8. Kreditabrechnung von Fr. 1'358'308.35 für die Sanierung der Kanalisationsanlagen im Areal des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard

9. Postulat Thomas Bodmer vom 13. Mai 2004 betreffend Erstellung einer detaillierten Schülerprognose vor der Behandlung des Kreditbegehrens für den Neubau und die Renovation Altenburg; Entgegennahme

10. Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Mai 2004 betreffend Infoblatt Tagesstrukturen für Kinder und Jugendliche in Wettingen; Entgegennahme

11. Postulat Thomas Bodmer vom 24. Juni 2004 für eine Satzungsänderung beim Verkehrsverband Aargau Ost (VAO); Entgegennahme

12. Postulat Maibach Markus vom 24. Juni 2004 betreffend Aufwertung des Entsorgungsplatzes "Untere Geisswies"; Entgegennahme

13. Interpellation SVP-Fraktion vom 11. März 2004 betreffend Zustimmung des Gemeinderates zum Leitbild Verkehr 2005 der Baden Regio; Beantwortung

14. Postulat Ryf-Busslinger Marianne vom 24. Juni 2004 betreffend Jugendarbeitslosigkeit; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

0 Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Der Beschluss der Einwohnerratssitzung vom 24. Juni 2004, der dem fakultativen Referendum unterstanden hat, ist in Rechtskraft erwachsen.

0.b Sitzungsdaten 2005

Gestützt auf die zu erwartenden Geschäfte finden im Jahre 2004 voraussichtlich an folgenden Tagen Einwohnerratssitzungen statt:

20. Januar	08. September
10. März	20. Oktober
12. Mai	10. November (ev.)
23. Juni	08. Dezember

0.c Traktandenliste

0.c.a Dringliches Postulat der CVP-Fraktion vom 9. September 2004 betreffend Kinderhort "Chinderhuus Spatzenäscht" und Bericht zum Gesamtkonzept familienergänzende Kinderbetreuung

Thomas Meier: Der Gemeinderat soll die Möglichkeit erhalten, sich inhaltlich mit der Situation des Kinderhauses "Spatzenäscht" auseinander setzen zu können. Sollte tatsächlich ein finanzielles Problem bestehen, so scheint dies ein akutes Problem zu sein. Aus diesem Grund wird nicht eingesehen, dieses Anliegen in einem normalen Verfahren zu behandeln.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Die Voraussetzungen für die Dringlichkeit sind erfüllt. Der Gemeinderat hat keine Einwände gegen die Dringlichkeit.

Abstimmung:

Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates benötigt die Dringlichkeit die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder

Mit 37 : 0 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, wird die Dringlichkeit beschlossen.

Das Postulat wird neu als Traktandum 6 behandelt.

0.d Neueingänge

0.d.a Dringliches Postulat der CVP-Fraktion vom 9. September 2004 betreffend Kinderhort "Chinderhuus Spatzenäscht" und Bericht zum Gesamtkonzept familienergänzende Kinderbetreuung

Begehren

Für den Fortbestand des Kinderhortes „Chinderhuus Spatzenäscht“ soll der Gemeinderat – sofern tatsächlich notwendig – geeignete Möglichkeiten prüfen, welche den weiteren Betrieb des Kinderhortes ermöglichen, allenfalls einen einmaligen Betrag zusprechen. Gleichzeitig erwarten wir vom Gemeinderat, dass er jetzt, nach Abschluss der 2-jährigen Pilotphase, ein Gesamtkonzept zum Thema familienergänzende Kinderbetreuung vorlegt.

Begründung / Feststellung

Das "Chinderhuus Spatzenäscht" ist mit der Kinderkrippe mit einem Leistungsvertrag der Poolgemeinden Baden, Ennetbaden, Obersiggenthal und Wettingen eingebunden. Im "Spatzenäscht" wird sowohl eine Kinderkrippe wie aber auch ein Kinderhort (für welchen kein Leistungsvertrag besteht) betrieben.

<u>Kinderkrippe</u>: Kinder im Alter von 2 Monaten bis zum Kindergartenalter. Momentan befinden sich 30 Kinder und 7 Babys in den 3 Gruppen "Koala" / "Panda" und "Frösche".

Kinderhort: Kinder ab Eintritt in die erste Klasse bis vollendete 5. Klasse. Momentan befinden sich 14 Kinder in dem Hort.

Das "Chinderhuus Spatzenäscht" ist einzigartig mit diesem Betrieb. Die Kinder können von der Krippe in den Hort wechseln ohne örtliche Trennung. Das heisst, dass sie in gewohnter Umgebung und mit denselben Betreuungspersonen aufwachsen können.

Finanziert wird das Chinderhuus durch den Leistungsvertrag der Poolgemeinden, sowie Elternbeiträge bei der Krippe und durch Spenden und Elternbeiträge beim Hort. Die Elterbeiträge variieren je nach steuerbarem Einkommen, zwischen Fr 550.00 und Fr 1'400.00!

Weil nun sehr viele Kinder von der Krippe in den Hort wechseln, für welchen eben kein Leistungsvertrag besteht, wird das "Chinderhuus Spatzenäscht" in finanzielle Schwierigkeiten gelangen und muss allenfalls das Angebot des Hortes gänzlich aufgeben.

Was bei einer Schliessung mit diesen Kindern geschieht, ist noch nicht absehbar. Es muss jedoch im Interesse der Gemeinde liegen, diese Situation nicht eintreffen zu lassen und somit präventiv einzuwirken.

Das Ziel einer Krippe und eines Hortes muss primär bei der Betreuung der Kinder von finanziell schwächeren Einkommenspersonen liegen und nur sekundär einkommensstarke Eltern unterstützen. Das Chinderhuus erfüllt zum Glück genau diese Grundhaltung.

Es soll nicht von der Grundhaltung und Begründung abgewichen werden, wie sie bereits in der Einwohnerratssitzung vom 27. Juni 2002 seitens der CVP, SVP und FDP festgehalten wurde. Der Eigenfinanzierungsgrad des "Spatzennäscht" soll hoch gehalten werden; es kann sich also höchstens um einen einmaligen Beitrag im Sinne einer Überbrückungshilfe handeln, sofern notwendig und ausgewiesen.

Gleichzeitig wird der geplante Bericht zum Gesamtkonzept der familienergänzenden Kinderbetreuung erwartet. Der Einwohnerrat soll sich nach Abschluss der 2-jährigen Pilotphase damit auseinandersetzen können, was in Zukunft, in welcher Form unterstützt werden soll und was nicht.

0.d.b Interpellation SVP-Fraktion vom 9. September 2004 betreffend Polizeieinsatz zur Überwachung der Einhaltung des Strassenverkehrsgesetzes und Präventivmassnahmen zur Vermeidung von schweren Verkehrsunfällen

Wie die beiliegende Statistik aufgrund der Angaben in den gemeinderätlichen Rechenschaftsberichten zeigt, wurde in den letzten Jahren der Polizeieinsatz zur Überwachung des Verkehrs massiv verstärkt. Die Busseneinnahmen der Gemeinde haben sich von 1998 bis 2002 von rund Fr. 357'000.00 auf Fr. 615'000.00 Franken (+ 72 %) erhöht; die Busseneinnahmen pro Einwohner stiegen im Schnitt von Fr. 20.12 auf Fr. 30.48 und pro in der Gemeinde immatrikuliertes Motorfahrzeug von Fr. 36.83 auf Fr. 52.34. Mit Ausnahme der Kinder und der Altersheimbewohner sind wir fast alle zu Verkehrssündern geworden.

Die Hauptgründe der massiven Zunahme der Busseneinnahmen sind unseres Erachtens das verschärfte Tempo-Regime (Tempo 50 und Tempo 30) sowie die

gemeindeweite Parkplatz-"Bewirtschaftung".

Während über die Tempokontrollen beim motorisierten Strassenverkehr im Rechenschaftsbericht detailliert rapportiert wird, sucht man umsonst nach Kontrollen und Sanktionen bei anderen Verkehrsteilnehmern. Jedermann kann aber leicht feststellen, dass insbesondere bei den Radfahrern und zum Teil auch bei den Fussgängern eine eigentliche Verkehrsverwilderung eingesetzt hat. Da wird massenweise ohne Licht gefahren, es werden Rotlichter missachtet, Trottoirs als Radwege benützt und anderes mehr. Im Lichte der sich in der Region wie landesweit häufenden Vorfälle von Strassenrennen mit tödlichen Folgen stellt sich auch die Frage, ob die Akzente des Polizeieinsatzes richtig gesetzt werden oder ob allenfalls hauptsächlich primär fiskalische Überlegungen die Einsatzschwerpunkte der polizeilichen Verkehrsüberwachung bestimmen.

Angesichts der schweren Verkehrsunfälle der letzten Zeit, die auf Strassenrennen, Protzerei und massiv übersetzte Geschwindigkeiten bei ungenügendem Fahrkönnen zurückzuführen sind, scheinen uns vermehrte Präventivmassnahmen - z.B. im Rahmen des Verkehrsunterrichtes an den Schulen, durch vermehrte Überwachung des Zu- und Wegfahrverkehrs im Bereich von Veranstaltungen, Discos, Jugendtreffs und anderes mehr sowie eventuell auch durch die vermehrte Förderung freiwilliger Kurse zur besseren Fahrzeugbeherrschung (Verkehrssicherheitszentrum Veltheim, TCS-Kurse, Schleuderschule Regensdorf etc.) - von grosser Dringlichkeit.

Der Gemeinderat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gilt das Strassenverkehrsgesetz (SVG) in unserer Gemeinde für alle Verkehrsteilnehmer und werden auch die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer (Radfahrer und Fussgänger) angemessen kontrolliert?
2. Führt die Gemeinde eine Übertretungs- und Bussenstatistik nach Verkehrsteilnehmerkategorien und wenn ja, warum wird diese im Rechenschaftsbericht nicht publiziert?
3. Welche Massnahmen sind zur intensiveren Ahndung und Bestrafung von schweren Verkehrsregelverletzungen bei allen Verkehrsteilnehmern sowie insbesondere zur Vermeidung und Bestrafung von eigentlichen Verkehrsexzessen geplant und in welchem Zeitrahmen können diese umgesetzt werden?

0.d.c Postulat Dr. Markus Dieth vom 9. September 2004 betreffend Überprüfung der Sicherheit bezüglich Absturzsicherung im allgemeinen und insbesondere der Treppenhäuser in den Wettinger Schulen

Begehren

Der Gemeinderat wird ersucht, die Sicherheit der Absturzsicherungen im allgemeinen und insbesondere der Treppenhäuser in den Wettinger Schulen zu überprüfen und - sofern notwendig - dem Einwohnerrat geeignete Massnahmen zur Einschränkung bzw. Aufhebung eines allfälligen Gefahrenpotentials vorzuschlagen, jedenfalls aber zu Handen des Einwohnerrates einen Zustandsbericht bezüglich Sicherheit zu erstatten.

Begründung

Der Sturz eines Viertklässlers, der das Treppengeländer vom zweiten Obergeschoss herunter gerutscht ist, das Gleichgewicht verloren hat und zu Tode stürzte (Vorfall in der Gemeinde Rohr), beschäftigte unlängst das Bundesgericht.

Das Bundesgericht (Urteil vom 16. August 2004, 1P.305/2004) stellte unter anderem fest, dass ein Primarschüler ein geeignetes Treppengeländer auch zum Rutschen benutzen würde. Nachvollziehbar sei auch, dass sich Schüler durch ein Verbot nicht davon abhalten liessen. Wenn dies aber bekannt gewesen sei, müsse geprüft werden, ob nicht andere Massnahmen hätten ergriffen werden können und müssen, um der Gefahr eines tödlichen Absturzes in den Treppenschacht zu begegnen. In Unterlassung entsprechender Vorkehren könne eine strafrechtlich relevante Pflichtverletzung liegen. Konkret sei abzuklären, weshalb nicht eine Lösung etwa mit Stoppern, Fangnetzen oder mit unterteilten Geländern gewählt worden sei.

Vor diesem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichts sowie auch der tatsächlich nicht unbegründet gegeben möglichen Gefahrenquellen für Schüler und letztlich der wohl der Gemeinde verbleibenden Haftung bei entsprechenden Unfällen (Tatbestände der Körperverletzung oder gar Tötung, Verletzung der Regeln der Baukunde), rechtfertigt sich eine schnelle Überprüfung der tatsächlichen Situation an den Wettinger Schulen und allfälliges sofortiges Ergreifen der notwendigen Massnahmen zur Einschränkung bzw. Aufhebung des Gefahrenpotentials.

0.d.d Interpellation Roland Brühlmann vom 9. September 2004 betreffend Sicherheits– und Einsatzkonzept Rettungsdienste Bareggtunnel / Überdeckung Neuenhof

Ist das Sicherheits- und Unfalleinsatzkonzept, bezüglich Ernstfalleinsatz im Bareggtunnel – und Überdeckung Neuenhof, auch nach dem Scheitern der Fusionsverhandlungen der Feuerwehren Baden-Wettingen, tatsächlich noch gewährleistet?

Text und Begründung

Unfälle in Tunnels haben meistens dramatische Ausmasse und Folgen. Überall werden massive Sicherheitsvorkehrungen in Tunnels getroffen. Einer der befahrensten Tunnels der Schweiz, der Bareggtunnel sowie die Überdeckung Neuenhof, wird offenbar aus Kostengründen von einem schnellen und effizienten Rettungseinsatz ausgenommen. Mit grossem finanziellem Aufwand wurden in den Bareggtunnels bauliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die Einsatzdoktrin der Rettungskräfte jedoch offenbar im gleichen Atemzug wesentlich eingeschränkt.

Nicht unbegründete Bedenken betreffend das neue Einsatzkonzept liegen vor, insbesondere die Tatsache, dass offenbar nur noch eine Feuerwehr, welche auf der Baregg-Westseite stationiert ist, für die Rettung im gesamten Baregg-Tunnelbereich - auch Ostseite - zuständig sein wird.

Diese Konstellation wurde wohl durch das Scheitern der Fusion Baden-Wettingen herbeigeführt. Bei einer Fusion wären wohl zwei Einsatzgruppen von Baden und Wettingen verantwortlich gewesen. Dadurch wäre ein Einsatz von beiden Tunnelportalen (West und Ost) und damit eine wesentlich effizientere Rettung garantiert gewesen.

Die Feuerwehr Wettingen ist für den Einsatz östlich des Baregg-Tunnelbereiches durch die geographische Lage sowie des Ausbildungsstandes des Personal sehr geeignet.

Es braucht keine für den Kanton kostenintensive Stützpunktfeuerwehr. Vielmehr muss eine schnelle Pionier-Eingreifgruppe gebildet werden, welche die Aufgaben Tunnel Baregg und Überdeckung Neuenhof in einer ersten Phase abdecken kann.

Die Minderungen der Stützpunkte hat wohl seine Berechtigung in normalen Agglomerationsbereichen, der Bareggbereich mit Tunnel und Überdeckung muss jedoch sicherlich anders beurteilt werden. Es handelt sich um ein Nadelöhr mit täglich internationalem Durchgangsverkehr.

Die Gemeinde Wettingen darf diese Minderung der Einsatzeffizienz nicht ohne weitere Abklärungen und Vorstösse hinnehmen. Wir sind es den Benutzern in diesem Autobahnabschnitt schuldig.

Fragen an den Gemeinderat

1. Wer übernimmt die Verantwortung für das neue Einsatz-und Rettungskonzept ?

2. Ist es richtig, dass durch das Scheitern der Fusion der Feuerwehren Baden und Wettingen, diese fragwürdige Situation entstanden ist ?

3. Wie wurde der starke Nahverkehr sowie die Stausituation bei einem Unfall, in das neue Konzept eingebunden und somit mitberücksichtigt ?

4. Besteht für den Gemeinderat die Möglichkeit eines politischen Vorstosses auf kantonaler- oder gar Bundesebene, mit dem Ziel der Schaffung einer "Spezial–Pionier–Eingreifgruppe Baregg-Ost" Standort Wettingen ?

5. Kann der Gemeinderat Wettingen politisch bewirken, dass bis zur Einsetzung einer solchen Eingreifgruppe Baregg-Ost, die bisherige Einsatz- und Aufgabenverteilung der Feuerwehren Baden und Wettingen bestehen bleibt ?

6. Was unternimmt der Gemeinderat bei einem negativen Entscheid bezüglich einer Eingreifgruppe Baregg-Ost ?

0.d.e Postulat Yvonne Feri vom 9. September 2004 betreffend Gratiseintritte für Wettinger Schulkinder ins Freiluftbad Tägerhard

Schwimmen und Bewegung sind gesund! Die heutigen Kinder bewegen sich zu wenig - dies zeigen neuere Studien. Der Anteil an übergewichtigen Kindern steigt von Jahr zu Jahr. Das Schwimmbad ist eine gute Gelegenheit, diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Die Kinder sind an der frischen Luft, bewegen sich, sind mit Freunden und Freundinnen zusammen.

Ich bitte den Gemeinderat folgendes Anliegen zu prüfen:

Alle Wettinger Schulkinder sollen ein Sommer-Saison-Abonnement für das Freiluftschwimmbad Tägerhard erhalten.

Ich danke dem Gemeinderat für die wohlwollende Prüfung.

0.d.f Interpellation Marianne Weber vom 9. September 2004 betreffend UMTS-Mobilfunkantennen in Wettingen

Mit der UMTS-Mobilfunktechnologie werden in Zukunft noch rascher umfangreiche Datenmengen übermittelt werden können. Die Auswirkung der hochfrequenten Signale auf die menschliche Gesundheit ist noch ungeklärt. Eine holländische Studie zeigt, auch bei geringer Immission (1 V/m), besorgniserregende Resultate. Andere Fachleute beurteilen die gesundheitlichen Auswirkungen der UMTS-Technologie als ungefährlich. Aus diesem Grund wird die Universität Zürich eine Studie durchführen, die jedoch frühestens 2005 Resultate zeigen wird.

Als Folge dieser Unsicherheit muss bei in der Nähe von Mobilfunkanlagen gelegenen Immobilen mit einem Wertverlust von 10 - 30 % gerechnet werden.

Auch in Wettingen werden die bestehenden Mobilfunkanlagen mit der neuen UMTS-Technologie aufgerüstet, obwohl hier wie andernorts die Bevölkerung verunsichert ist. Um die Strahlenbelastung zu reduzieren, ist deshalb von Anwohnern gewünscht worden, die Anlage im Stadion Altenburg auf drei Sendemasten zu verteilen.

Der Gemeinderat Wettingen ist jedoch nicht auf diesen Kompromissvorschlag eingegangen und hat der Betreiberin die Bewilligung ohne Auflagen erteilt.

Dies erstaunt besonders, da sich in anderen Gemeinden die Exekutive, als erste Bewilligungsinstanz, hinter die protestierende Bevölkerung gestellt hat und dadurch Kompromisslösungen gefunden oder wenigstens Zeit gewonnen werden konnte.

Text

Der Gemeinderat wird höflich angefragt:

1. Weshalb hat er der Betreiberin die Bewilligung für die UMTS-Anlage im Stadion-Altenburg erteilt ohne auf die Anregung der betroffenen Bewohner einzugehen?
2. Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus diesem Entscheid für die Gemeinde Wettingen und allenfalls für andere?
3. An welchen Standorten in der Gemeinde sind Bewilligungen für das Aufrüsten mit UMTS erteilt worden und wie hoch sind die gesamten (UMTS und GSM) Leistungen (W) am jeweiligen Standort?

0.d.g Postulat Yvonne Feri vom 9. September 2004 betreffend Erstellung, Erweiterung oder Umbau eines Spielplatzes

In Baden unter der Hochbrücke ist seit kurzem ein neu gestalteter Spielplatz in Betrieb. Dieser wurde in Zusammenarbeit mit Kindern verwirklicht. Der erwachsene Erbauer ist notabene ein Wettinger Einwohner!

Der Spielplatz kommt dem natürlichen Spieltrieb der Kinder sehr entgegen. Er ist vorwiegend aus natürlichen Materialen erstellt und der Natur nachgebaut. Zu jeder Tageszeit und an jedem Wochentag wird er von Kindern jeden Alters (wie auch von Erwachsenen) rege benutzt.

Doch leider steht der Spielplatz auf Badener Boden und der Weg dorthin ist für Wettinger Kinder zu weit, gefährlich und umständlich. Einen ähnlichen Spielplatz finden wir in Wettingen nicht. Daher bitte ich den Gemeinderat zu prüfen, ob in Wettingen die Möglichkeit besteht, einen Spielplatz ähnlich demjenigen unter der Badener Hochbrücke zu erstellen (als Variante kann die Integration in die Neugestaltung des Brühlparkes geprüft werden). In der Planung sollen insbesondere auch Kinder mitwirken können.

Ein derart gestalteter Spielplatz würde die Standort-Attraktivität Wettingens für Familien, insbesondere mit jüngeren Kindern steigern.

1 Inpflichtnahme von Werner Meister

Werner Meister wird durch Leistung des Amtsgelübdes in Pflicht genommen.

2 Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2004

Das Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2004 wird genehmigt und dem Verfasser verdankt.

3 Einbürgerungen

3.a Einbürgerung; Atmaca Tugba, geb. 24. August 1985, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

3.b Einbürgerung; Bakirci-Kaymakci Gülsüm, geb. 1. Oktober 1975, Bakirci Ali Mansur, geb. 2. April 1995, und Bakirci Hatice Kübra, geb. 24. Juli 2000, alle türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 70

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

3.c Einbürgerung; Lopez Ignacio, geb. 9. Januar 1955, kolumbianischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Schönaustrasse 47

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

3.d Einbürgerung; Nicoletti-De Marco Maria, geb. 19. August 1959, und Nicoletti Fabio, geb. 12. Mai 1992, beide italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 102

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

3.e Einbürgerung; Sengül Feridan; geb. 13. Mai 1986, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyssig-Strasse 49

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

4 Rechenschaftsbericht 2003

Eintreten

Yvonne Feri: Da der Rechenschaftsbericht dieses Jahr sehr spät vorlag, verlief die Prüfung desselben in etwas anderem Rahmen. Die Kommission stellte noch vor den Sommerferien einen Fragenkatalog zuhanden des Gemeinderates zusammen. Diese Fragen wurden uns schriftlich beantwortet. Leider lagen bei der Sitzung der Kommission noch nicht die definitiven Antworten des Gemeinderates vor, sondern nur ein Vorentwurf. Die Definitiven sind zwischenzeitlich eingetroffen. Weiter konnte auch festgestellt werden, dass einige Fragen und Feststellungen aus dem Katalog herausgestrichen wurden. Ohne Begründung an die Kommission oder Verfasser/Verfasserin der Fragen. Wir verzichteten dann trotzdem – aus verschiedenen Gründen – auf ein Treffen mit dem Gemeinderat. Wir werden dieses Vorgehen nächstes Jahr überprüfen und allenfalls wieder ändern.

Die Fragen waren breit gefächert und gliederten sich unter anderem in folgende Themenbereiche: Informatik: Konzept; Betreibungsamt: vermehrter Personlaufwand; Einwohnerkontrolle: Anpassung der Öffnungszeiten; Leerwohnungen und Wohnungsbau durch die Gemeinde; Geschwindigkeitskontrollen durch die Gemeindepolizei; Lotsendienste für die Primarschüler und -schülerinnen; Hydranten-Entschädigung der Feuerwehr; qualifizierte Lehrkräfte; Begabtenförderung von Schülern und Schülerinnen; Schwache Schüler und Schülerinnen; Erhebungen zur Zahnprophylaxe; Kulturwegstiftung; Tägi (Finanzen, Überdachung der Kunsteisbahn und Sauna); Ideentopf der Jugendkommission; Ferienheim Ftan; Spitex; Radwegnetz; Luftmessungen; Steuern, Veranlagungsstand; Steuer-Zahlungsmoral.

Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Mehrheitlich fielen die Antworten ausführlich und sehr gut verständlich aus. Als Schwerpunkt der Prüfung wählte die Kommission die Bau- und Planungsabteilung. Urs Heimgartner stand uns während einer Sitzung für Fragen zur Verfügung. Er hat uns einen Überblick über die Aufteilung – das Organigramm – der Abteilung vermittelt. Es fällt auf, dass die Abteilung Bau und Planung sehr viele Bereiche und Personen umfasst; keine leichte Aufgabe für die Führungsperson. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen scheinen aber sehr zufrieden zu sein, ist doch die Personalfluktuation sehr tief.

Allerdings bewegt sich die Personaldotation an der unteren Grenze und die Belastung des Teams ist zeitweise sehr gross.

Urs Heimgartner hat uns über die interne Organisation der Teams Auskunft erteilt, über die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat (beide empfindet er als sehr gut), und darüber, wie er sich laufend einen guten Überblick über die Tätigkeiten innerhalb seiner Abteilung verschafft. Auffallend ist, dass in der Abteilung Bau und Planung die interne Information und Kommunikation sehr gut und unbürokratisch erfolgt. Speziell angesprochen wurden die Bereiche Gartenunterhalt, Littering und Vandalismus. Hier ist die Abteilung mit schwierigen, kaum lösbaren Problemen und stark divergierenden Erwartungshaltungen der Bevölkerung konfrontiert.

Urs Heimgartner hat uns einen ausserordentlich kompetenten, zufriedenen und offenen Eindruck gemacht. Die Geschäftsprüfungskommission dankt ihm herzlich für seinen Einsatz für die Gemeinde!

Die Geschäftsprüfungskommission dankt für den Rechenschaftsbericht und nimmt diesen zustimmend zur Kenntnis.

Eintreten nicht bestritten

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung

Dr. Charles Meier: Ich habe am 16. Oktober 2003 eine Kleine Anfrage betreffend Zusammensetzung und Bewertung der Bilanzpositionen Liegenschaften und Hochbauten per 31. Dezember 2002 sowie Zusammensetzung und Bewertung des Baulandbesitzes der Gemeinde eingereicht. Ich wäre dankbar, wenn diese Kleine Anfrage noch vor der Budgetdebatte beantwortet würde. Sie steht im Zusammenhang mit dem Voranschlag und der Beurteilung der Abschreibungen.

1. Öffentliche Sicherheit

Dr. Charles Meier: Feuerwehr: Es ist etwas, das sich im vergangenen Jahr angebahnt hat und nun umgesetzt worden ist. Das Kantonale Versicherungsamt hat die Feuerwehr Wettingen von einer Stützpunktfeuerwehr zu einer Ortsfeuerwehr mutiert. Das hat nicht nur positive Folgen.

Hat der Gemeinderat gegen diese Entwicklung etwas unternommen? Wenn ja, was?

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Der Gemeinderat und die Feuerwehrkommission sind in Aarau vorstellig geworden. Die ganzen Verhandlungen haben gezeigt, dass Wettingen günstiger ist. Dennoch ist das Projekt der Fusion vorläufig sistiert worden. Wir haben das Menschen Möglichste unternommen.

Die Feuerwehr hat heute die Grössenklasse 4+. Es muss der Personalbestand wieder aufgestockt werden. Als fusionierte Feuerwehr hätten 75 Personen zum Korps gehört. Nun muss wieder ein Korps von 120 Personen zusammengestellt werden.

2. Bildung

Keine Bemerkungen.

3. Kultur / Freizeit

Hanspeter Koch: Ferienheim Ftan: Es ist uns aufgefallen, dass in diesem Jahr etwas weniger Lager bzw. Belegungstage registriert sind. Insbesondere wollen wir wieder einmal darauf hinweisen, dass unsere Wettinger Schulen dieses Ferienheim benutzen sollten. Es sollte nicht auf vordergründig attraktivere In-Ferienorte ausgewichen werden.

Marianne Weber: Kulturwegstiftung Baden-Wettingen-Neuenhof: Dieser Kulturweg ist nach meiner Ansicht eine der grössten kulturellen Leistungen, welche Wettingen erbracht hat. Leider hat in der Vergangenheit der Zahn der Zeit etwas an dieser Institution genagt. Der Einwohnerrat ist daran nicht ganz unschuldig. Er hat nämlich entsprechende Budgetanträge gekürzt. Es ist mir ein Anliegen, dass dieser Kulturweg erhalten bleibt. Dazu braucht es entsprechende Investitionen. In der Geschäftsprüfungskommission habe ich den Gemeinderat gefragt, ob er hinter dem Kulturweg stehe. Dies ist bestätigt worden. Ich finde dies erfreulich und hoffe, dass der Einwohnerrat entsprechenden neuen Anträgen im Zusammenhang mit dem Voranschlag zustimmen wird.

4. Gesundheit

Keine Bemerkungen.

5. Soziale Wohlfahrt

Dr. Charles Meier: Alimentenbevorschussung: Hier ist nachzulesen, dass die Gemeinde etwa 38 % der bevorschussten Alimente wieder einbringen kann. Dafür wird eine grosse Arbeit geleistet. Es heisst aber auch, dass 62 % später eingehen oder abgeschrieben werden müssen. Die Gemeinde übernimmt damit die Rolle einer Kreditbank für Nichtzahler. Das halte ich für ein Ärgernis. Es ist ein Ärgernis, wenn ein geschiedener Ehemann die seiner Frau und den Kindern geschuldeten Alimente nicht zahlt.

Müssen die säumigen Alimentenzahler Verzugszinsen bezahlen? Wäre es nicht zulässig und angebracht, die Namen der säumigen Schuldner zu publizieren? Dies könnte eine heilsame Wirkung auf die Zahlungsmoral der Alimenteschuldner haben.

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Ich teile ausnahmsweise die Auffassung von Herrn Meier. Es ist bedenklich, wenn die Alimente nicht bezahlt werden. Ich präzisiere: Es werden nur Alimente für Kinder bevorschusst. Bei den Alimenten der Frauen wird nur das Inkasso unterstützt, nicht aber bevorschusst.

Es gibt eine gesetzliche Grundlage. Wir sind verpflichtet zur Zahlung. Wir tun alles, dass die Alimente erhältlich gemacht werden können. Das geht soweit, dass auch Strafanzeige gemacht wird. Im ganzen Verfahren sind keine Verzugszinsen vorgesehen.

Die Publikation der Namen ist nach Gesetz nicht vorgesehen. Das ist ja auch bei den Steuerschuldnern nicht Praxis. Der Antrag ist auf Kantonsstufe zu stellen. Es wäre zu prüfen, ob ein solcher Antrag auch von der SVP mitgetragen würde.

6. Verkehr

Keine Bemerkungen.

7. Umwelt, Raumordnung

Dr. Charles Meier: Ortsbildkommission: Landläufig versteht man darunter eine Kommission, die den Schutz des Ortsbildes bezweckt. Sie wäre da einzusetzen, wo das Ortsbild durch Neubauprojekte tangiert oder beeinträchtigt ist. Die Praxis zeigt aber, dass die Ortsbildkommission bei sensiblen Projekten vom Gemeinderat gar nicht kontaktiert wird. Hier können namentlich angefügt werden die Neubauprojekte im Bereich Kreuzkapelle und Wettingen Ost. Nach Auffassung des Gemeinderates sind Baupro-

jekte mit 19 resp. 55 Wohnungen und einer AZ von 0,9 am Ortseingang städtebaulich weder wichtig noch heikel.

Das Gebiet der denkmalgeschützten Kreuzkapelle wird vom Gemeinderat als nicht exponierter Ort angesehen. Im konkreten Fall hatte es geheissen: "Das Bauvorhaben liegt in einem heterogenen, überbauten Gebiet in der Wohn- und Gewerbezone. In dieser engeren und weiteren Umgebung sind Bauten unterschiedlichster Art und Nutzung vorhanden." Dies kann so gedeutet werden, dass in diesem Gebiet bereits einiges verunstaltet worden ist und es nun nichts ausmacht, wenn noch ein weiterer Bock geschossen wird. Ich halte diese Auffassung für unverständlich.

Marianne Weber: NOx-Messungen: Mich hat hier die neuartige Begründung überrascht. Nun wird erklärt, dass es sich nicht um Immissionsmessungen sondern um Emissionsmessungen handelt. Auf diese Art versucht man zu vertuschen, dass an den genannten Orten die Luftqualität wegen des Verkehrsaufkommens schlecht ist.

Dr. Charles Meier: Ich habe noch eine Frage zum Bauwesen allgemein. Am 26. April 2002 hat der Gemeinderat ein neues Leitbild verabschiedet. Über die Umsetzung dieses Leitbildes ist im Rechenschaftsbericht nichts nachzulesen.

Art. 1.1 dieses Leitbildes lautet: "Wettingen will als fortschrittliche Wohngemeinde ihren Charakter als Gartenstadt zwischen Lägern und Limmat beibehalten." Ich frage den Gemeinderat an, welche Massnahmen getroffen worden oder beabsichtigt sind, um diesen Artikel umzusetzen und damit den Charakter als Gartenstadt zu wahren? Verschiedene Bauvorhaben und Bauten stehen klar im Widerspruch zu diesem Leitbild-Artikel. Ist das Leitbild ernst gemeint oder hat es nur deklaratorischen Charakter?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Das Leitbild ist ernst gemeint und nicht nur ein deklamatorisches Papier. Zielkonflikte sind zu gewärtigen. Es muss entschieden werden, wo der Vorrang gegeben werden soll. Dem genannten Leitsatz leben wir z. B. nach beiden planerischen Tätigkeit, sei es bei Gestaltungsplänen oder bei der Baugebietserweiterung Ost.

8. Volkswirtschaft - 11. Regionale Körperschaften

Keine Bemerkungen.

Rückkommen

Hanspeter Koch: Der Rechenschaftsbericht ist unbestrittenermassen etwas Interessantes und Wichtiges. Der Einwohnerrat liest ihn aufmerksam. Er wird auch von einem kleineren Teil der Bevölkerung geschätzt. Der Nutzen liegt in den über mehrere Jahre vorliegenden Statistiken und Berichte. Wir bitten in diesem Zusammenhang darum, vermehrt ein Augenmerk darauf zu legen, wenn interessante Berichte vergessen gehen oder nicht mehr erwähnt werden. So eine Darstellung betrifft beispielsweise die Einkommens- und Vermögenssteuerverhältnisse in der Wettinger Bevölkerung.

Pia Müller: Ich habe noch eine Frage zum Projekt Deutschkurs für fremdsprachige Mütter. Mich nimmt wunder, ob dies nun definitiv eingeführt wird.

Für die Zukunft wünschen wir uns, dass der Rechenschaftsbericht etwas weniger Schreibfehler aufweist, z.T. sind solche auch bei den Bildunterschriften zu finden. Es ist für mich nicht vorstellbar, dass in unserer Gemeinde niemand zu finden ist, der das Lektorat übernehmen würde. Ich würde mich sonst dafür zur Verfügung stellen.

Vizeammann Heiner Studer: Das Projekt ist eingeführt. Es zeigt sich nun, dass es sich bewährt hat. Wir gehen davon aus, dass es weitergeführt werden kann. Es muss aber einer Bedürfnislage entsprechen. Man kann nicht sagen, wie lange es dauert.

Abstimmung

Mit grosser Mehrheit fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Rechenschaftsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2003 wird genehmigt.

5 Postulat Stefan Meier für mehr aktive Integration

Yvonne Feri: Der Gemeinderat listet in seinem Bericht drei Schwerpunkte für die Integration auf Gemeindestufe auf: Förderung der Sprachkompetenz Mutter / Kind; Integration in der Schule und Anlaufstelle für Neuzuzüger aus fremden Kulturen.

Zum ersten Punkt, der Förderung der Sprachkompetenz Mutter / Kind über das Projekt "Mein Kind lernt Deutsch - ich auch!", wird auch im Rechenschaftsbericht eine Aussage gemacht. Die Geschäftsprüfungskommission hat die Antwort auf das Postulat von Stefan Meier sehr intensiv diskutiert und dabei folgende Schlussfolgerungen gezogen:

Die ersten beiden Punkte, Förderung der Sprachkompetenz Mutter/Kind und Integration in der Schule, sind absolut unbestritten. Sie haben sich bewährt und sollen weitergeführt werden.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob auch von Bund oder Kanton Gelder für die aktive Integration zu erhalten sind. Ebenso interessiert die Geschäftsprüfungskommission, ob sich das Muki-Deutsch in der Schule positiv widerspiegelt. Haben die Kinder weniger Mühe oder ist weiterhin Zusatz-Deutsch-Unterricht nötig?

Zur Anlaufstelle für Neuzuzüger aus fremden Kulturen: Die Stadt Baden führt innerhalb des Stadtbüros das „Netzwerk Kulturvermittlung“ mit diversen Aufgaben, wie sie auf Seite 3 im Bericht nachzulesen sind. Gemäss Beurteilung durch den Stadtrat Baden wurden mit diesem Netzwerk gute Erfahrungen gemacht. Daher möchte der Gemeinderat im Rahmen der Budgetierung prüfen, ob das „Netzwerk Kulturvermittlung“ der Stadt Baden beigezogen werden soll.

Es war der Geschäftsprüfungskommission nicht bis ins Detail klar, was die Stelle genau leistet. Insbesondere müsste noch in Erfahrung gebracht werden, inwieweit diese Stelle Neuzuzüger auch bei der Erledigung von administrativen Angelegenheiten (im Zusammenhang z.B. mit Einwohnerkontrolle, Krankenkassen, Schule) unterstützt.

Die Geschäftsprüfungskommission war sich in diesem Punkt nicht einig. Einerseits gibt es folgende unterstützenden Ansichten: Die Beratung durch Personen, die aus dem eigenen Heimatland stammen und mit den schweizerischen Verhältnissen bereits vertraut sind, ist für Neuzuzüger wichtig und hilfreich. Auch aus Sicht der Gemeinde lassen sich damit viele unnötige Umtriebe und Unkosten (z.B. in administrativen Angelegenheiten, richtige Einschulung) verhindern.

Es macht für die Gemeinde Wettingen Sinn, die bestehenden Infrastrukturen und Instrumente der Stadt Baden mitzunutzen. Die Anlaufstelle für aktive Integration könnte auch von Schweizern und Schweizerinnen genutzt werden. Integration heisst, dass auch diese informiert sein müssen.

Anderseits gab es folgende ablehnenden Ansichten: Die Integration und Unterstützung bei administrativen Aufgaben sollten auf anderen Ebenen (z.B. Familienmitglieder oder integrierte Landsleute) erfolgen und gehören nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde. Es ist zudem schwierig abzuschätzen, wie die Qualität unter den dreizehn Kulurvermittelnden der Stadt Baden gewährleistet werden kann.

Bereits heute gibt es ein grosses Angebot durch fachspezifische Integrationsstellen und ein weiteres Bedürfnis ist nicht ausgewiesen. Eine solche Stelle müsste für die Benutzer und Benutzerinnen zudem kostenpflichtig sein.

Zusammenfassung: Punkt eins unterstützt die Geschäftsprüfungskommission einstimmig, zu Punkt zwei ist sich die Geschäftsprüfungskommission nicht einig und gibt keine konkrete Stellungnahme ab. Wir haben vom Bericht Kenntnis genommen und danken dem Gemeinderat dafür.

Dr. Karl Frey: Nach der Überweisung des Postulates hat der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem Konsultativen Ausländerrat (KAR) die Bedürfnisse und Möglichkeiten geprüft. Dabei haben sich vor allem zwei Schwerpunktthemen heraus kristallisiert: Sprachkompetenz Mutter/Kind und Integration in der Schule.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Mitbeteiligung an der Anlaufstelle für Neuzuzüger aus fremden Kulturen der Stadt Baden. Der KAR legt grossen Wert auf diese Möglichkeit. Der Gemeinderat legt vor allem Wert auf die beiden ersten Massnahmenpakete. Auch die Anlaufstelle in Baden wird positiv beurteilt. Es bestehen allerdings gewisse Zweifel über die Notwendigkeit und das Kosten-/Nutzenverhältnis. Deshalb hat der Gemeinderat in seinem Bericht betreffend weiteres Vorgehen festgehalten:

1. Förderung der Sprachkompetenz Mutter/Kind und die Integration in der Schule werden beibehalten.
2. Im Rahmen der Budgetierung soll geprüft werden, ob das Netzwerk Kulturvermittlung der Stadt Baden beigezogen werden soll.

Der Gemeinderat hat diesen Beschluss im Frühjahr gefasst und ging dabei davon aus, dass er bis zur Budgetierung in Erfahrung bringen kann, wie der Einwohnerrat diese Frage beurteilt. Leider kommt dieses Thema erst jetzt, nach der Erstellung des Budgets zur Sprache. Der Gemeinderat hat die Anlaufstelle nicht in das Budget aufgenommen, weil die erwähnten Zweifel immer noch bestehen. Falls jedoch der Einwohnerrat zur Anlaufstelle Ja sagen möchte, wäre bei der Budgetbehandlung entsprechend Antrag zustellen.

Stefan Meier: Ich habe die Fragen auch zum Nutzen unserer Bevölkerung gestellt, zum Nutzen der Ausländer, die hier nicht zur Schule gehen. Davon ist nichts zu erfahren in diesem Bericht. Zweimal habe ich im KAR mit dabei sein dürfen. Ich habe gespürt, dass bei den integrierten Leuten ein starkes Bedürfnis besteht, dass in diesem Bereich noch etwas gemacht werden müsste.

Die Schule ist sicher der richtige Ort. Aber Jugendliche entgleiten, die sich die Sprachkompetenz nicht in der Schule geholt haben. Ich bin froh über das bereits Initiierte, auch wenn ich noch nicht ganz zufrieden bin. Aber es geht etwas.

Hanspeter Koch: In der CVP sind die beiden ersten Punkte unbestritten. Die Anlaufstelle für Neuzuzüger aus fremden Kulturen wird von uns nicht als notwendig erachtet. Ein Grossteil dieser Aufgaben könnte durch den KAR oder die eigenen Landsleute übernommen werden.

Ob 25 % alleine für Wettingen reichen und gerechtfertigt wären, wird bezweifelt. Man kann dadurch auch Bedürfnisse schaffen. In der Budgetierung stimmen wir einem Kredit nicht zu.

Werner Hartmann: Ich vermute, dass die CVP in zwei Jahren mit einem Postulat kommen wird, das eine solche Stelle einführt. Die SP/WG-Fraktion ist der Ansicht, dass das Postulat von Stefan Meier eine gute Sache ist und budgetiert werden soll. Die Stelle in Zusammenarbeit mit Baden soll geprüft werden. Es ist Gewinn für die Ausländer. Es st eine Dienstleistung. Es kann ein finanzieller Gewinn sein für unsere Gemeinde. Es ist aber auch ein Gewinn für die Wettinger Bevölkerung. Man erhält so gut integrierte Leute.

Pia Müller: Ich habe nochmals eine Bemerkung zum Thema Jugendliche, welche nicht hier zur Schule gegangen sind und hier Deutsch gelernt haben. Meines Wissens bestehen auf kantonaler Ebene einige Projekte für arbeitslose Schulabgänger, die zu wenig deutsch sprechen. Könnte die Gemeinde nicht auch einmal ein solches Projekt anstossen? Ich ermuntere den Gemeinderat diese Frage noch einmal zu prüfen.

Madeleine Bürgler: Die FDP hat sich auch bei der Schulpflege erkundigt. Die Möglichkeiten an der Schule werden als eine gute Sache beurteilt. Darüber hinaus haben wir aber den Eindruck, dass es bereits genügend Anlaufstellen gibt. An Gerichten, beim Mieterschutz etc. kann man sich als Ausländer informieren. Es bestehen auch Rechtsauskunftsstellen, welche ebenfalls der ausländischen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Wir würden einem Budgetantrag nicht zustimmen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Im KAR ist eine umfassende Auslegeordnung gemacht worden. Es wurde festgestellt, wo überall Bedarf besteht. Man hat aber gleichzeitig auch eingesehen, dass man sich beschränken muss. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Die erste Priorität liegt auf der Förderung der Sprachkompetenzen. Als zweites kommt die Schule. Und schliesslich folgt an dritter Stelle eine mögliche Anlaufstelle. Auf diesem Gebiet könnte viel gemacht werden. Es ist zu prüfen, wo liegt das Notwendige und das Machbare.

Beschluss des Einwohnerrates

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6 Dringliches Postulat der CVP vom 9. September 2004 betreffend Kinderhort "Chinderhuus Spatzenäscht" und Bericht zum Gesamtkonzept familienergänzende Kinderbetreuung

Thomas Meier: Gemäss der allen Einwohnerräten zugestellten Post befindet sich das Spatzenäscht zur Zeit in einer finanziellen Schieflage. In dieser Frage ist das Spatzenäscht auch an den Gemeinderat gelangt. Aus dieser Situtation heraus haben wird das Postulat eingereicht.

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Es ist aber zu überlegen, wie mit dieser Situation, die entstanden ist, umzugehen ist. Es kann nicht sein, dass beim Spatzenäscht unbesehen Löcher gestopft werden. Sonst könnte auch das Chinderschlössli die gleichen Rechte für sich ableiten. Es wird festgestellt, dass private Institutionen immer wieder Mühe haben, mit bestimmten Vorgaben umzugehen. Dies wird erst dann bemerkt, wenn es bereits zu spät ist. Die anderen drei Krippen haben mit den Vorgaben gemäss Konzept umgehen können.

Es liegt er vorläufige Bericht zur Pilotphase der familienergänzenden Kinderbetreuung in den Gemeinden Baden, Ennetbaden und Wettingen vor. Darin werden auch noch andere Fragen aufgeworfen. So besteht beispielsweise das Interesse anderer Krippen, auch noch in den Pool aufgenommen zu werden. Es gibt auch noch andere Gemeinden, die sich anschliessend möchten. Es ist auch zu überlegen, wie man mit Kindern umgeht, die in einer Gemeinde eine solche Krippe besuchen und nun da auch noch in den Kindergarten gehen wollen. Damit ist die Frage der Schulgeldfinanzierung angesprochen.

Der Bericht über die Pilotphase wird dem Einwohnerrat im Hinblick auf das Budget noch zugestellt. Das Gesamtkonzept in der familienergänzenden Kinderbetreuung wird noch ausgearbeitet. Darin ist die Finanzierung eine zentrale Frage.

Thomas Meier: Ich danke namens der CVP-Fraktion für die Entgegennahme. Wir sind erstaunt, dass heute bereits soviel Inhaltliches gesagt werden konnte. Ich bin auch begeistert über die fachliche Kompetenz, die in diesem Bereich wieder einmal demonstriert worden ist. Wir warten gespannt auf alle Vorlagen in diesem Bereich. Sind sie von der gleichen fachlichen Kompetenz, so wird es eine Freude sein, hier darüber zu diskutieren.

Pia Müller: Wir danken für das Postulat. Es ist ein altes Anliegen. Wir danken für die Entgegennahme. Schon 1992 habe ich zusammen mit Ruth Amacher und Doris Stump die Forderung nach einem Gesamtkonzept gestellt. Auch der Bundesrat hat vor Kurzem die Unterstützung gezeigt. Das Thema der Hortkinder zeigt ein Problem auf, das in Wettingen schon seit Jahrzehnten ein Problem darstellt. Es gibt keine Lösung für die Betreuung von Schulkindern. Im Schulhaus Dorf besteht zwar ein Mittagstisch. Aber die Betreuungsstunde von 11.00 bis 12.00 Uhr fällt weg, weil sich niemand dafür interessiert. Die Kinder werden nun in den Schulklassen gehütet. In einem Gesamtkonzept müssen die Schulkinder miteinbezogen werden.

Beschluss

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

7 Antrag an den Einwohnerrat betreffend Anpassung der Infrastruktur der Kunsteisbahn an die neuen Anforderungen

Beat Brunner: Die mittlerweile dreissigjährige Anlage der Kunsteisbahn entspricht nicht mehr in allen Belangen den heutigen Anforderungen in der Nutzung. Die Auflagen betreffend Betriebssicherheit werden ständig strenger. Die Kälteanlage, welche zur Kühlung der Flächen und somit zur Herstellung und zum Erhalt des Eises dient, wurde vor 12 Jahren saniert, geprüft und wieder in Betrieb genommen. In der Zwischenzeit wurde der Vollzug der Störfallverordnung durch das Umweltschutzdekret, welches 1999 in Kraft, trat geregelt.

Das Ende der Lebensdauer der Eispisten ist erwartungsgemäss in ca. 8 bis 10 Jahren erreicht und es steht in den kommenden Jahren erheblicher Aufwand für Massnahmen zur Werterhaltung an.

Die Bedürfnisse der Benutzer, im Besonderen der Vereine, haben sich verändert und können nicht mehr zufriedenstellend erfüllt werden. Der EHC Wettingen-Baden hat sich in den letzten Jahren massiv entwickelt. Der Zustrom an neuen Mitgliedern ist auf die sportlichen Erfolge zurückzuführen.

Zu den vier Garderoben, in welchen eine Eishockeymannschaft nur sehr gedrängt Platz findet, konnte vor einigen Jahren noch ein Nebenraum ohne Duschen hinzugenommen werden. Die Umkleideräume wie auch die Eiskapazität genügen nicht.

Die Trainingsintensität und die Wettspielanzahl haben im gleichen Mass zugenommen wie die Anzahl der Mitglieder. Dies führt zu Engpässen in der Eisbelegung des Hockeyfeldes und dazu, dass Trainings und Spiele teilweise auf fremden Anlagen durchgeführt werden müssen. Ebenso konnte der sportliche Aufstieg einer Juniorenmannschaft nicht wahrgenommen werden.

Der Gemeinderat befasst sich seit längerer Zeit mit dem Thema Eishalle oder Eisfeldüberdeckung. Der Bau einer Überdachung / Halle und Ergänzungsbauten für Garderoben würde die Situation für die Vereine entschärfen und die Probleme lösen. Der Nutzen ist unumstritten und die regionale Bedeutung der Eissportanlage im Tägi hat den Gemeinderat dazu gebracht, die Anlage auf breitere Basis zu stützen.

Eine Anfrage beim Vorstand Baden Regio bestätigte die Bedeutung für die Region und stiess nicht auf spontane Ablehnung. Seitens HGV und weiterer Interessengemeinschaften wurde ein Schreiben eingereicht, welches das Potenzial und die Bedeutung des Tägi unterstreicht. Die Ausbauwünsche und Anregungen wurden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und führen dazu, dass eine Machbarkeitsstudie erarbeiten werden soll. Eine diesbezügliche Vorlage wird im Frühling 2005 zu erwarten sein.

Neben den kurzfristigen Bedürfnissen der Eissportler stehen grössere Ausbauwünsche und Visionen im Raum. Um beiden Anliegen gerecht zu werden, hat sich der nun eingeschlagene Weg angeboten.

Die erwähnte Machbarkeitsstudie hat langfristigen Charakter. Auf die Bedürfnisse der Vereine soll kurzfristig mit verhältnismässigen Massnahmen reagiert werden. Die Anlage kann mit der Abdeckung der Kollektorkanäle und der Ergänzung des Sicherheitskonzeptes nach den gesetzlichen Vorschriften, noch bis im Jahre 2010 betrieben werden.

Nach der Praxis und entsprechend dem Leitbild der Gemeinde Wettingen, wonach die Infrastruktur zur Unterstützung und Förderung der Vereine dient, sollen die Ergänzungen zu Eisfeld und Garderoben realisiert werden. Die Bau- und Planungsabteilung hat in Zusammenarbeit mit dem Tägi Betriebsausschuss und einer Delegation des EHC Wettingen-Baden ein Projekt mit Kostenzusammenstellung erarbeitet. Die Kosten basieren auf Unternehmerofferten.

Die Notwendigkeit und die Dringlichkeit der Technischen Anpassung ist gegeben. Der Bedarf nach zusätzlichen Möglichkeiten in der Ausübung der sportlichen Tätigkeiten der Eissportvereine ist nachgewiesen. Mit dem, in Zusammenarbeit zwischen der Betriebsleitung und den Verantwortlichen des EHC, erarbeiteten Konzept kann diesem Anliegen mit einem vernünftigen Aufwand entsprochen und eine bedeutende Qualitätssteigerung erreicht werden.

Die Machbarkeitsstudie und allfällige daraus resultierende Investitionen sind mit den zur Diskussion stehenden Massnahmen grösstenteils vereinbar.

Der Genehmigung der beiden Kreditbegehren, Sicherheitstechnische Anpassungen der Kunsteisbahn und betriebliche Anpassung für den Eissport auf der Kunsteisbahn steht nach Erachten der Finanzkommission nichts im Weg. Sie empfiehlt Ihnen, einstimmig, den beiden Kreditanträgen zuzustimmen.

Stefan Meier: Die SVP stimmt zu, hat aber ganz grosse Vorbehalte. Wie ist die Nutzung für die Bevölkerung? Wie ist die Nutzung für all jene, die nicht im Eishockey-Club sind? Was ist das Resultat der Banden? Sind die Eiszeiten für die nicht Eishockey-Spieler begrenzt? Es darf der übrigen Öffentlichkeit kein Nachteil entstehen. Es sollte ein Investitionsplan für die Eisbahnanlage erstellt werden. Bei Neuinvestitionen sind auch die Folgekosten zu benennen? Was wurde in den letzten Jahren investiert?

Hanspeter Koch: Die CVP ist für beide Vorlagen. Auch wir wollen, dass die Bevölkerung keine Einschränkungen erleiden soll. Andernfalls wäre auf die Banden zu verzichten.

Andreas Rufener: Die Fraktion EVP/Forum 5430 unterstützt die beiden Kreditbegehren.

Madeleine Bürgler: Auch wir unterstützen beide Begehren. Die Zeiten dürfen für die Bevölkerung nicht aufgeweicht werden. Im Moment sind diese Zeiten von 10.00 bis 21.00 Uhr.

Uns würde noch interessieren, was im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie für Vorstellungen vorhanden sind? Wer gibt Input, können sich die Parteien vorgängig einbringen?

Marianne Weber: Ich bin erschrocken als ich die Vorlage gelesen habe. Es sieht so aus, dass hier noch einige Forderungen gestellt werden. Auch in den vorangegangenen Voten ist immer wieder auf diese Ansprüche und Ausbauwünsche angesprochen worden. Ich habe Angst vor der Machbarkeitsstudie und den finanziellen Folgekosten, die auf die Gemeinde zukommen können.

Ich habe auch in der Geschäftsprüfungskommission die Frage gestellt, was uns das Tägerhard kostet. Es sind jährlich sieben Mio. Franken, die in die Sportanlage fliessen.

Patricia Schibli. Ich bin für die betrieblichen Anpassungen. Ich wünschte mir als Einwohnerrätin weitere Kriterien. Im Hinblick auf das Thema WOV möchte ich gerne Auskunft, was kostet es pro Einwohner? Was kostet es pro Jugendlicher im tägi? Mich nehmen die Vergleichszahlen wunder, um wirkungsorientiert entscheiden zu können.

Dr. Charles Meier: Was kommt alles in die Machbarkeitsstudie? Ist es das Resultat des Wunschkonzertes der Vereine, welche sich da vor Kurzem öffentlich geäussert haben? Wird das dann vom Gemeinderat alles umgesetzt? Wie ist das Vorgehen? In der Machbarkeitsstudie müssen bisherige Kosten und Folgekosten aufgelistet werden.

Gemeinderat Robert Picard: Benutzung durch die Bevölkerung: Dem Eishockey-Club ist schon klar mitgeteilt worden, dass keine Einschränkung für die Bevölkerung entstehen darf. Der Kanton hat z.L. Sport-Toto-Fonds für die Banden Fr. 38'000.00 zugesagt. Das Gesuch für die Subventionierung der Beleuchtung ist noch hängig.

Machbarkeitsstudie: Im Frühjahr 2005 werden wir spätestens ein Kreditantrag dem Einwohnerrat unterbreiten. Alle Möglichkeiten sollen umfassend abgeklärt werden. In erster Linie ist genau abzuklären, wieweit in diesem Gebiet die Schutzzonen tangiert werden. Gestützt auf diese Abklärungen kann abgeschätzt werden, wieweit die Wünsche und Vorstellungen eingeschränkt werden müssen. In der Studie soll alles geprüft werden: Überdachung des Eisfeldes, Vergrösserung und Renovation Saal, Hotel, Parkplatz-problematik, S-Bahn-Haltestelle.

Wir sind gerne bereit, realistische Vorschläge und Ideen entgegenzunehmen. Selbstverständlich können auch noch Ideen während der Behandlung des Kreditantrages vorgebracht werden. Je nachdem haben solche Wünsche noch Einfluss auf den Kreditbetrag.

Dem Wunsch der SVP nach einer Kostenübersicht werden wir im Kreditantrag nachkommen. Sollte dannzumal der Kreditantrag genehmigt werden, so wird im Auswahlverfahren ein Büro mit der Studie beauftragt werden. Das wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, je nach Grösse des Studienauftrages. Das Ergebnis dieser Studie wird dann auch dem Einwohnerrat unterbereitet werden. Der Gemeinderat muss aus der Machbarkeitsstudie entsprechende Anträge und Vorschläge an den Einwohnerrat weiterleiten.

Abstimmung:

Mit grosser Mehrheit fasst der Einwohnerrat folgende Beschlüsse:

Beschluss des Einwohnerrates

1. Dem Kreditbegehren für die sicherheitstechnische Anpassung der Kunsteisbahn tägi im Umfang von Fr. 94'000.00 wird zugestimmt.

2. Dem Kreditbegehren für die betriebliche Anpassung für den Eislaufsport auf der Kunsteisbahn tägi im Umfang von Fr. 215'000.00 wird zugestimmt.

8 Kreditabrechnung von Fr. 1'358'308.35 für die Sanierung der Kanalisationsanlagen im Areal des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard

Dr. Markus Dieth: Vreni Neukomm hat dieses Geschäft in der Finanzkommission eingehend geprüft. Die Finanzkommission hat das Geschäft an der Sitzung vom 25. August 2004 behandelt.

Im Jahr 1995 bewilligte der Einwohnerrat einen Kredit von 1,56 Mio. Franken. Die Sanierung basierte auf einer Kostenschätzung von 1994 mit entsprechenden Richtofferten. Heute kann Ihnen eine erfreuliche Kreditabrechnung mit einer Kreditunterschreitung von rund Fr. 200'000.00 oder rund 13 % präsentiert werden. Die Gründe für diese Unterschreitung liegen u.a. im harten wirtschaftlichen Umfeld mit grossem Konkurrenzdruck, was sich für die Gemeinde kostensenkend auswirkte. Ebenfalls zur Kostensenkung haben die technischen Verfahrensfortschritte beigetragen. Die Arbeiten wurden in mehreren Etappen über die Jahre 1996 bis 2002 durchgeführt.

Die Sanierung der Kanalisationsanlagen darf heute als gelungen - mit bester Qualität - angesehen werden. Die Sportanlage Tägi ist sowohl aussen, als auch unter den Gebäuden kanalisations-technisch saniert. Auch die Kanalisation der neuen Sporthalle entspricht dem neusten Stand. Die Oberaufsicht, das kantonale Gewässerschutzamt Aarau, hat alles geprüft und als positiv beurteilt.

Die Rechnungen über die Jahre 1996 bis 2003 wurden geprüft. Sämtliche Ausgaben wurden über das Konto Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasser geführt und mittels Vorschussabtragung finanziert. Die verrechneten Mehrwertsteuerbeträge wurden mittels Vorsteuerabzug in jeder Quartalsrechnung berücksichtigt. In der Kreditabrechnung ist bei der Erneuerungswasserableitung kein Kostenvoranschlag enthalten:

Aufgrund des Gewässerschutzgesetzes musste eine Gesamtsanierung vorgenommen werden; die vorliegend erstellte Erneuerungswasserableitung ist das Ergebnis langer Verhandlungen mit dem Kanton und konnte so zu einem positiven Ergebnis gebracht werden. Klärgebühren müssen nicht bezahlt werden.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Kreditabrechnung von Fr. 1'358‘308.35 für die Sanierung der Kanalisationsanlagen im Areal des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard zu genehmigen (6 Anwesende).

Abstimmung:

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Kreditabrechnung von Fr. 1'358'308.35 für die Sanierung der Kanalisationsanlagen im Areal des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard wird genehmigt.

9 Postulat Thomas Bodmer vom 13. Mai 2004 betreffend Erstellung einer detaillierten Schülerprognose vor der Behandlung des Kreditbegehrens für den Neubau und die Renovation Altenburg; Entgegennahme

Monica Benz: Ich gestatte mir in Vertretung von Thomas Bodmer einen kurzen Kommentar zu seinem Postulat. Die aktuell bekannten Schülerzahlen erklären an sich nicht das Ausmass des geplanten Neubaus des Schulhaus Altenburg.

Der Postulant ist überzeugt, dass die inskünftige Entwicklung den Beweis dafür liefern wird. Es ist für ihn und damit auch für die SVP-Fraktion deshalb unumgänglich, vor Behandlung des Kreditbegehrens eine möglichst aussagefähige Prognose hinsichtlich Schülerzahl im aktuellen Jahr bzw. in den nächsten 10 Jahren zu erhalten. Der Postulant dankt dem Gemeinderat, dass er diese Notwendigkeit sieht und das Postulat entgegennimmt.

Vizeammann Heiner Studer: Wir nehmen das Postulat entgegen. Für die Planung sind die Zahlen wichtig. Die Prognosen werden von der Schule aus hinsichtlich der Schuljahresorganisation jedes Jahr gemacht. Die Prognose kann erstellt werden. Es stellt sich die Frage, wie weit hinaus eine Prognose erstellt werden soll. Ab einer bestimmten Dauer müssen andere Annahmen getroffen werden.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

10 Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Mai 2004 betreffend Infoblatt Tagesstrukturen für Kinder und Jugendliche in Wettingen; Entgegennahme

Madeleine Bürgler: Die Tagesstrukturen gestalten sich vermehrt ausserhalb des Elternhauses. Man muss sich früh und lange im Voraus organisieren. In Wettingen ist es im Moment noch so, dass alle Informationen mühsam selber zusammen gesucht werden müssen. Aus diesem Grund haben wir das Postulat formuliert. Das Papier soll auch im Internet zur Verfügung gestellt werden. Es sollen neben den öffentlichen Angeboten auch die privaten Möglichkeiten aufgezeigt werden. Die Form der Information soll dem Gemeinderat überlassen werden.

Vizeammann Heiner Studer: Wir nehmen das Postulat entgegen. Wir bemühen uns, ein Optimum für die Information zu machen.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

11 Postulat Thomas Bodmer vom 24. Juni 2004 für eine Satzungsänderung beim Verkehrsverband Aargau Ost (VAO); Entgegennahme

Monica Benz: Ebenfalls in Vertretung von Thomas Bodmer mein bewusst kurz gefasster Kommentar zu seinem Postulat, da dieser Vorstoss bereits für sich spricht. Die Quintessenz dieses Auftrages an den Gemeinderat ist die, dass die momentanen Strukturen bzw. Satzungen des VAO eine demokratische Mitbestimmung hinsichtlich Volumen des öffentlichen Verkehrs und die damit zusammenhängenden Kosten nicht gewährleisten. Die Satzungen des VAO in der jetzigen Form lassen eine Eigendynamik zu, die leicht aus der Kontrolle geraten könnte.

Der Postulant dankt dem Gemeinderat, dass er diese Problematik erkannt hat und das Postulat entgegennimmt.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und sich gegenüber dem VAO dafür einzusetzen. Es kann aber ausschliesslich um Fragen der Strukturen gehen, nicht aber um Fragen des Leistungsinhalts.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

12 Postulat Maibach Markus vom 24. Juni 2004 betreffend Aufwertung des Entsorgungsplatzes "Untere Geisswies"; Entgegennahme

Markus Maibach: Das Postulat ist nach einer Entsorgungsaktion entstanden, als mir die Gegenstände selber beinahe um die Ohren geflogen sind. Es gibt kurzfristiges Optimierungspotenzial. Aber auch eine langfristige Optimierung im Zusammenhang mit der Erschliessung des Gebietes Geisswies. Ich danke für die Entgegennahme.

Gemeinderat Felix Feiner: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Ich weise darauf hin, dass der Entsorgungsplatz zonenfremd ist. Es sind damit keine baulichen Massnahmen möglich. Mit dem Massnahmenplan Ost werden wir über weitere Pläne verfügen.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

13 Interpellation SVP-Fraktion vom 11. März 2004 betreffend Zustimmung des Gemeinderates zum Leitbild Verkehr 2005 der Baden Regio; Beantwortung

Dr. Charles Meier: Es ist nicht nur ein Leitbild als solches, sondern es ist ein Verkehrskonzept. Damit ist es etwas wie eine Verkehrsverfassung auf regionaler Ebene. Das ist nicht nur eine Angelegenheit des Gemeinderates. Es geht auch den Einwohnerrat etwas an. Das Volk soll noch die Referendumsmöglichkeit haben.

Ich erwähne nur wenige Punkte: Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dazu sind keine Zahlen genannt. Weiter spricht man von einem Netz von Pförtneranlagen.

Roadpricing ist der grösste Ulk in diesem Konzept. Wettingen fährt im Schlepptau von Baden, das ist unbegreiflich. Der Stadtammann von Baden hat hier ganz persönliche Vorstellungen. Genau aus diesem Grund gehört dieses Leitbild vor den Einwohnerrat, womit das Volk entsprechende Referendumsmöglichkeiten besitzt.

Das Thema ist auch schon in der Verkehrskommission behandelt worden. Ich habe dannzumal dem Gemeinderat geschrieben. Darauf hat dieser am 19. September 2002 geantwortet: "Zu gegebener Zeit werden wir das bereits angekündigte, breit angelegte Vernehmlassungsverfahren lancieren". Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen. Ich habe bis anhin noch nichts von einem solchen Vernehmlassungsverfahren gehört. Es handelt sich hier nicht nur um ein Sandkastenspiel. Es geht um etwas, das in Etappen umgesetzt werden soll.

Deshalb fordere ich nochmals, dass das Leitbild dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Zudem soll der Wortlaut des gemeinderätlichen Genehmigungsbeschlusses ebenfalls publik gemacht werden.

Gemeinderat Felix Feiner: Der Gemeinderat kann im Moment keine Aussagen zum Inhaltlichen machen. Der Beschluss des Gemeinderates hat gelautet: Kenntnisnahme des Verkehrskonzeptes.

Als Folge dieser Interpellation sind die Fraktionen eingeladen worden, jemanden für eine gemeinderätlichen Begleitgruppe zu nominieren. Diese Begleitgruppe ist ein Planungsinstrument. Sollten aus der Umsetzung verschiedene Kreditanträge resultieren, so hätte der Einwohnerrat darüber zu befinden. Es liegen Meldungen sämtlicher Fraktionen, ausser der SVP, vor.

Dr. Charles Meier: Die SVP hat keinen Vertreter gemeldet, da zuerst zum Konzept soll Stellung genommen werden können. In einer Begleitkommission wird das Konzept umgesetzt. Nach unserer Ansicht ist das Vorgehen falsch aufgegleist. Wir haben den Wunsch geäussert, dass das Verkehrskonzept in der Verkehrskommission behandelt wird. Die Kommission ist nicht ausgelastet. Dieses Jahres ist bereits die dritte Sitzung abgesagt worden.

Persönlich widerstrebt mir die Mitarbeit in einer Begleitkommission, wenn das zu Grunde liegende Konzept von uns abgelehnt wird.

Monica Benz: Will der Gemeinderat nun noch ein Vernehmlassungsverfahren starten?

Felix Feiner: Alle Mitglieder des Rates haben das Verkehrskonzept erhalten.

Beschluss des Einwohnerrates

Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.

14 Postulat Ryf-Busslinger Marianne vom 24. Juni 2004 betreffend Jugendarbeitslosigkeit; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Marianne Ryf: Dass das Thema der Jugendarbeitslosigkeit und die Zukunft der Jugendlichen nicht rosig ist, hat gerade dieser Tage auch den Medien entnommen werden können. In der Aargauer Zeitung waren gestern diesem Thema ganze drei Seiten gewidmet. Jeder vierte Arbeitslose ist ein Jugendlicher oder ein junger Erwachsener. Die Dunkelziffer ist hier noch nicht eingerechnet.

Mit dem Postulat wird die Gemeinde aufgefordert, nicht tatenlos zuzusehen. Es sollen praktikable und ausführbare Lösungen gesucht werden. Ich danke dafür, dass das Postulat so schnell beantwortet wird.

Dr. Doris Stump: Das Postulat ist eigentlich schon erfüllt. Wir haben uns beim Sozialdienst erkundigt, was bereits für Angebote für Jugendliche vorhanden sind. Gestützt auf diese Anfrage war zu erfahren, dass im Kanton Aargau diesbezüglich ein grosses Angebot für Schulabgängerinnen und Schulabgänger besteht. Dazu zählen auch Übergangsjahre für Jugendliche ohne Lehrstelle. Es haben aber auch Gespräche mit dem Vorstand des Vereins Jugendarbeit stattgefunden. Es wurde ja angeregt, hier explizit eine Stelle zu schaffen. Man ist da zum Schluss gekommen, dass die Betreuung weiterentwickelt werden soll. Es besteht aber ein Unterschied zwischen einer Betreuung in der Freizeit und dem Versuch, einen Jugendlichen in eine Ausbildung zu bringen.

Auf Grund der vielen Informationen ist der Gemeinderat der Auffassung, dass kein fixes Angebot in der Gemeinde geschaffen werden muss. Das Postulat ist eigentlich schon erfüllt. Daneben gibt es aber ein Problem, das nicht mit dem Postulat gelöst werden kann. Man kann keinen Jugendlichen zwingen, in eine Ausbildung zu gehen. Die Gemeinde hat erst mit den Jugendlichen zu tun, wenn sie Unterstützung suchen. Es gibt immer noch Eltern, die ihre Kinder in ihrem Nichtwollen unterstützen.

Marianne Ryf: Ich habe noch angeregt, die Praktikumsplätze oder Lehrstellen in der Gemeinde zu erhöhen. Ist das in Betracht gezogen worden?

Dr. Doris Stump: Vor fünf oder sechs Jahren sind die Lehrstellenplätze erhöht worden. Heute kann nicht mehr höher gegangen werden.

Abstimmung:

Mit 34 : 5, bei 7 Enthaltungen, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Wettingen, 1. Oktober 2004

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Präsident: **Protokollführer**

Marcel Huggenberger Urs Blickenstorfer